

AfD-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

LÖWEN HERZ

AUSGABE
02/19



Liebe Leserinnen und Leser,



das neue Löwenherz ist erschienen, und ich freue mich, Ihnen dieses Exemplar mit zahlreichen Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag präsentieren zu dürfen!

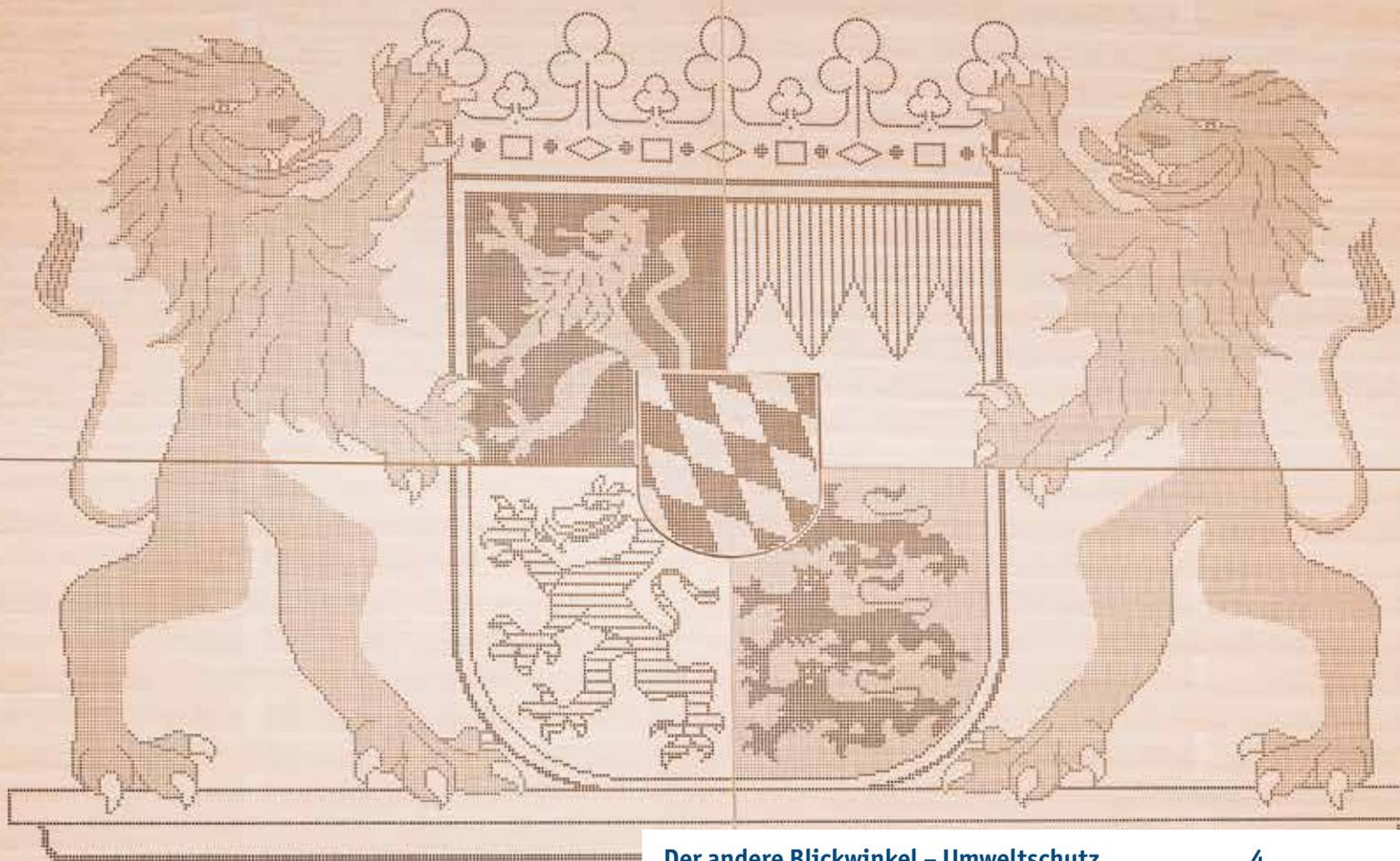
Wichtige Schwerpunkte bildeten im vergangenen halben Jahr die Wirtschaftspolitik und der Umweltschutz. Dabei ging es sowohl um einzelne Branchen – wie die Pflegeberufe, das Handwerk oder den Tourismus in Oberbayern – als auch darum, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Nach einer langen Phase des Aufschwungs mehren sich nun die Zeichen, dass uns massive Konjunkturerinbrüche bevorstehen. Die Bundesregierung sowie die in Bayern regierende Koalition aus CSU und Freien Wählern tragen leider nur wenig dazu bei, um unsere Wirtschaft zu fördern. Ganz im Gegenteil: Der unsinnige Kampf gegen den Diesel und die überhastete „Energiewende“ gefährden Millionen Arbeitsplätze in unseren Schlüsselindustrien. Und anstatt auf die soziale Marktwirtschaft zu bauen, propagieren die Altparteien planwirtschaftliche Konzepte wie die „Nationale Industriestrategie 2030“. SPD und Grüne diskutieren sogar über Enteignungen, um die Wohnungsnot in den Großstädten zu lindern – dabei hat vor allem die von ihnen vorangetriebene Masseneinwanderung zu diesem Problem geführt.

Als konservativer Partei liegt uns der Schutz unserer Natur sehr am Herzen. Anders als die Grünen setzen wir jedoch auf wissenschaftlich fundierte Konzepte und schüren keine hysterischen Ängste. Zudem reduzieren wir Umweltschutz nicht auf CO₂-Emissionen, sondern betrachten ihn unter einer umfassenden Perspektive: Dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen dienen eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die Bewahrung der Artenvielfalt und die Pflege der Landschaft. Die Liebe zur Heimat gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen eines nachhaltigen Naturschutzes – nicht kurzfristige Medienkampagnen.

Natürlich spielten die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai auch für uns eine große Rolle – die Reise unserer Delegation nach Straßburg war eine von vielen Gelegenheiten, bei denen wir neue Kontakte zu politischen Freunden aus ganz Europa knüpfen konnten.

Ich freue mich, dass Bayern durch die Mandatsträger der AfD nun auch im Europaparlament eine starke Stimme hat!

Besonders herzlich danke ich allen, die uns in den vergangenen Monaten unterstützt haben. Und all diejenigen, die sich für unsere Politik interessieren, lade ich – ebenso wie jeden, der ihr skeptisch gegenübersteht – ein, sich anhand dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitschrift ein Bild von unserer Arbeit zu machen.



Der andere Blickwinkel – Umweltschutz	4
Naturschutz ist konservativ	6
Kritik am Artenschutz-Gesetz	8
Besuch im EU-Parlament in Straßburg	9
Bayerischer Doppelhaushalt 2019/2020	10
Unsere AfD-Abgeordneten	12
AfD im Rundfunkrat	14
Wirtschaftspolitik	15
Pflege und Soziales	16
AfD vor Ort	17
Tierschutz Landwirtschaft	20
Sozialpolitik	21
Bayerische Kriminalstatistik	22
Mobiles Bürgerbüro Stimmkreisbüros	23

INHALT

Bayerischer Landtag

Leider wird der Umweltschutz heutzutage häufig als Klimaschutz missverstanden, der anstatt der Ursachen nur Symptome bekämpft und sich fast ausschließlich auf die Reduzierung von CO₂ konzentriert.

Der andere Blickwinkel

Umweltschutz. Aber nachhaltig!



Klimadynamik ist ein globales Phänomen, das den Zeitgeist mehr bestimmt denn je: eine Dynamik, die es seit der Entstehung unseres Planeten gibt und noch lange geben wird. Bisherige Klimaänderungen, die zu Warm- und Kaltzeiten führten, wurden bis vor einigen Hundert Jahren allein durch natürliche Prozesse ausgelöst. Es waren terrestrische Prozesse wie Vulkanausbrüche oder extraterrestrische Prozesse, wie die Milankovic-Zyklen und die solare Aktivität, die zu teils erheblichen Änderungen des Paläoklimas führten. Warmzeiten folgten auf Kaltzeiten und umgekehrt. Vor über 300 Millionen Jahren lagen CO₂-Konzentrationen häufig in der Nähe des einstelligen Prozentbereichs und waren Normalität. Das Klima war insgesamt zu ca. 60 % der erdgeschichtlichen Zeit tropisch, die Pole lagen eisfrei. Tropische Urwälder bestimmten das Landschaftsbild. Sie bauten infolge geologischer Prozesse die heute genutzten Kohlelagerstätten auf.

Seit dem Beginn der Industrialisierung vor etwa 150 Jahren und der Nutzung fossiler Energieträger erhöhte sich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von ca. 0,03 % auf ca. 0,04 %. Diese Erhöhung soll nun den Auslöser und Startpunkt eines gravierenden Klimawandels darstellen.

Jedoch ist der Glaube an einfache Lösungen für komplexe Probleme nicht nur blauäugig, sondern auch anmaßend und grob fahrlässig. Aktion und Reaktion können in so vielschichtigen und globalen Systemen wie dem Klima bisher noch von keinem Modell hinreichend genau in Zusammenhang gebracht werden. Wir sind bislang nicht in der Lage, die Wirkungen von menschengemachten Substanzen auf alle Teile der Umwelt zu quantifizieren und zu bewerten – und sie seriös von natürlichen Prozessen zu differenzieren. Das gilt vor allem für CO₂ und seine Auswirkungen auf die Atmosphäre.

Allein deswegen warnt die AfD ausdrücklich vor gesinnungspolitischen Schnellschüssen und Alleingängen, deren Folgen für unsere Bürger schlichtweg nicht absehbar sind. Deutschland

soll eine Vorreiterrolle übernehmen; wir dürfen aber nicht zu Vorreitern darin werden, unseren Wohlstand in Zukunft aufs Spiel zu setzen und unsere Industrie – und schließlich uns selbst – abzuschaffen. Wir Deutschen gehen schon mit bestem Beispiel voran: Seit 1990 haben wir unsere Gesamtemissionen bei fortschreitender Industrialisierung bereits um über 30 % gesenkt!

Unsere Leistungsträger leiden bereits heute unter der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast weltweit. Darüber hinaus müssen sie eine auf Naivität, Unwissenheit und Ideologie fußende „Energiewende“ auf ihren Schultern tragen und bezahlen die höchsten Strompreise in Europa. Wie lange glaubt die Bundesregierung, dieses Spiel mit den wertschöpfenden Menschen dieses Landes noch treiben zu können? Der Mittelstand und normale Arbeitnehmer sollen für eine diffuse Klimapolitik immer weiter ausgepresst werden.

Die steigenden Produktionskosten werden in Deutschland nicht nur zu höheren Lebenshaltungskosten führen, sondern auch zu einem Abbau von Arbeitsplätzen. Die Einführung einer CO₂-Besteuerung im nationalen Alleingang wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährden. In der Industrie – hier sei ein besonderes Augenmerk auf die Automobilbranche und deren Zulieferer gerichtet – stehen aufgrund von Steuernachteilen Hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Eine gesunde Skepsis bildet auch hier eine positive und wichtige Eigenschaft – vor allem in Wissenschaft und Forschung. Und genau deshalb erfordern so wichtige und einschneidende Weichenstellungen wie umfassende Besteuerungen ein bedachtes Handeln. Wirklich verlässliche Kenntnisse zu erwerben, kostet Zeit und macht oft Mühe, ist aber für eine ganzheitliche Betrachtung unerlässlich. Die Balance zwischen Offenheit für neue Ideen und deren skeptischer Überprüfung ist leider in einer derart emotional aufgeladenen Debatte nur noch selten gegeben.

Angst und andere Emotionen sind nicht die geeignete Grundlage für eine zielführende Debatte!

Deshalb fordert die AfD eine klare und vorurteilsfreie Bilanzierung aller Auswirkungen und Investitionen in lösungsorientierte Forschung zu echten Alternativen!

Erst dann kann gewährleistet werden, dass im Bayerischen Landtag und im Bundestag eine pragmatische Politik verfolgt wird, die sich der Zukunft und den Interessen der Bürger verpflichtet. Wir dürfen nicht zu einer Gesellschaft werden, die jede Lebensäußerung kontrolliert und zu besteuern versucht!

Leider wird der Umweltschutz heutzutage häufig als Klimaschutz missverstanden, der statt der Ursachen nur Symptome bekämpft und sich fast ausschließlich auf die Reduzierung von CO₂ konzentriert. Den Einfluss von Wasserdampf, der natürlich vorkommt und nachweislich den größten Teil des Treibhauseffektes ausmacht, negiert man fast immer. Methan und Lachgas scheinen nicht mehr zu existieren. Auch sind bei Weitem nicht alle Produkte und deren Nutzung mit Emission von CO₂ verbunden, können aber trotzdem umweltschädlich sein und erfordern ressourcenintensives Wirtschaften. Deshalb bedeutet eine Einsparung von CO₂ noch lange keine Nachhaltigkeit per se. Ein eindringliches Beispiel ist hier die Elektromobilität, die Umweltzerstörung in fernen Ländern billigend in Kauf nimmt.

Umfassender Umweltschutz geht weit über die fehlgeleitete Klimadebatte hinaus. Das Bewusstsein für echte Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung muss in den Vordergrund rücken: Es muss attraktiver werden, qualitativ hochwertige und langlebige Produkte zu erwerben und zu nutzen – Produkte, für die Deutschland weltweit bekannt ist!

Prof. Dr. Ingo Hahn, MdL

Wo „grün“ draufsteht, ist nicht immer „grün“ drin!

Naturschutz ist ganzheitlich-konservative Tradition

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist allen heimatverbundenen, konservativen Menschen ein besonderes Anliegen. Der Umwelt- und Naturschutz wurde daher auch nicht von den Grünen erfunden, sondern hat in Deutschland eine lange Tradition, die bis in die Romantik zurückreicht. Schon 1806 warnte der Dichter Achim von Arnim im Nachwort zu seiner Liedersammlung „Des Knaben Wunderhorn“ vor der Abholzung der Wälder, und Justinus Kerner thematisierte Mitte des 19. Jahrhunderts bereits die Verschmutzung der Natur, die Verunreinigung des Wassers und das Aussterben von Tieren infolge der Industrialisierung. Um die Jahrhundertwende wurden die ersten Naturschutzvereine gegründet, z. B. 1899 der Bund für Vogelschutz und 1904 der Bund Heimatschutz des Komponisten Ernst Rudorff. 1913 prangerte der Philosoph Ludwig Klages in seinem Essay „Mensch und Erde“ – einem Manifest der frühen Ökologiebewegung – die systematische Ausrottung zahlreicher Tierarten an und verurteilte den materialistischen Fortschrittsglauben sei-

ner Zeit, dem insbesondere auch die marxistische Linke anhing. Nach dem Ersten Weltkrieg vermittelten die Jugend- und die Lebensreformbewegung weiten Kreisen der Bevölkerung einen neuen Bezug zur heimischen Natur und Landschaft.

Die Pioniere dieser ersten Naturschutzbewegung in Deutschland teilten ein ganzheitliches Naturverständnis, das über bloßen „Umweltschutz“ – der die Natur lediglich als Umwelt des Menschen ansieht – hinausging: Die Natur wurde nicht nur als Ökosystem, sondern auch als Landschaft wahrgenommen, die Kultur und Mentalität der in ihr lebenden Menschen prägt und von diesen wiederum beeinflusst wird. Der Mensch ist somit in die Natur „eingelassen“ und sollte sie folglich nicht als bloße Ansammlung von „Ressourcen“ betrachten und ausbeuten.

Die zweite Naturschutzbewegung seit den Sechzigerjahren, die sich in der Gründung der Partei der Grünen niederschlug, war anfangs noch von konservativen Theoretikern wie dem frü-

heren CDU-Politiker Herbert Gruhl, dem Verfasser des Bestsellers „Ein Planet wird geplündert“ (1975), beeinflusst; jedoch dominierten bald die Vertreter linker, „emanzipatorischer“, „antikapitalistischer“ und z.T. kommunistischer Parteien und Gruppierungen. Umweltschutz diente ihnen in erster Linie der Diskreditierung der Marktwirtschaft und war Teil ihrer Strategie, die bürgerliche Gesellschaft langfristig zu zerstören.

Für einen nachhaltigen Naturschutz, der an die ganzheitlich-konservative Tradition des Natur- und Landschaftsschutzes anknüpft, ergeben sich folgende Prinzipien:

- Die Schonung natürlicher Ressourcen hat Vorrang vor dem (links-)ideologischen Anspruch, „die Welt zu retten“.
- Es sollte sparsam und effizient gewirtschaftet und die Wiederverwertung von Produkten gefördert werden (Re- und Upcycling).
- Handlungen sind nur dann nachhaltig, wenn sie unbegrenzt oft oder auf unbegrenzte Zeit wiederholt werden können.

- Nahrungsmittel sollten möglichst regional produziert und verbraucht werden.
- Die Herstellung hochwertiger, langlebiger und intensiv nutzbarer Produkte ist gegenüber der Produktion ständig neuer Ramsch- und Billigware vorzuziehen. Der Material-Input pro Serviceeinheit (MIPS) ist zu beachten. Die Ressourcenintensität der Herstellung muss entsprechend dokumentiert werden.
- Ökologie und Technologie sind nicht als Gegensätze zu verstehen. Ein dicht bevölkertes, hoch industrialisiertes Land wie Deutschland kann nicht in ein Agrarland umgewandelt werden.
- Die Erforschung modernster Technologien muss einen hohen Stellenwert haben und finanziell entsprechend gefördert werden.
- Komplexe Probleme können nur auf komplexe Weise gelöst werden. Eine monokausale Ursachenbetrachtung, wie sie in der Theorie des anthropogenen Klimawandels vorherrscht, ist blauäugig und einseitig. Es ist nicht möglich, die Wirkungen aller vom Menschen produzierten Substanzen auf sämtliche Bereiche der Umwelt zu berechnen. Scheinbar einfache Lösungsansätze dienen primär der manipulativen Beeinflussung der (Wahl-)Bevölkerung.

Die Unterschiede einer nachhaltigen Naturschutzpolitik zu den Forderungen der Grünen liegen auf der Hand.

- Emotionalisierung und Panikmache bringt zwar kurzfristig Wählerstimmen, nützt der Umwelt jedoch nichts. Statt Klima-Hysterie und Diesel-Verteufelung brauchen wir eine rationale Diskussion über Naturschutz.
- Eine seriöse Umweltpolitik bezieht auch die Belange einer hochmodernen Industriegesellschaft mit ein.
- Die Grünen sind Anhänger eines besonders aggressiven Globalismus. Grenzlose Mobilität von Menschen, Waren und Dienstleistungen ist jedoch nicht umweltfreundlich.
- Die grüne „Energiewende“ trägt nicht zur Entschärfung von Umweltproblemen bei, da sie statt der Ursachen nur Symptome bekämpft; insbesondere konzentriert sie sich nur auf CO2-Emissionen.
- Grüne Umwelt-Hysterie wird massenmedial inszeniert und beruht auf Lobbyismus.
- Umweltschutz wird von den Grünen pau-

schal mit Gesundheits- und Emissionschutz gleichgesetzt.

- Der Klima-Dogmatismus ignoriert zahlreiche, weitaus schwerwiegendere Umweltprobleme wie etwa
 - den ungebremsten Ressourcenverbrauch und die damit einhergehende weltweite Naturzerstörung;
 - die Bodenerosion durch extensiven Energiepflanzenanbau;
 - die Tank-Teller-Problematik (arme Menschen in Produktionsländern können ihre Grundbedürfnisse an Nahrungsmitteln nicht decken);
 - die Zerstörung des Regenwalds;
 - die weltweite Verknappung von sauberem Trinkwasser;
 - die Desertifikation bzw. Ausbreitung von Wüsten;
 - das Artensterben.
- Vermeintlich „grüne“ Technik ist oft teuer sowie ressourcen-, verwaltungs- und überwachungsintensiv; sie fördert vor allem den Bürokratismus.
- „Grüne“ Wirtschaft setzt auf den wachsenden Vertrieb und Konsum von teuren und vermeintlich klima- und umweltschonenden Gütern und Technologien, vor allem in den Bereichen Mobilität (Elektromobilität), Ernährung (von Öko-Gütesiegeln bis hin zu exotischen Früchten), Gesundheit (Feinstaub, Filtertechnik etc.), Lifestyle (Elektronik, Bekleidung usw.) und Energie (erneuerbare Energien, auch wenn sie ökologisch und ökonomisch ineffektiv sind).
- „Greenwashing“ – grüne Gehirnwäsche verfolgt durch Emotionalisierung das Ziel, eine Art Ablasshandel im 21. Jahrhundert wieder salonfähig zu machen:
 - gutes Gewissen für eine Stimme für die Grünen;
 - gutes Gewissen für den Kauf von „grünen“ Produkten;
 - gutes Gewissen für den Kauf vermeintlich „grüner“ Energie.

Die Umweltbilanz „grüner“ Produkte ist häufig negativ.

- Sie werden durch Umweltzerstörung in fernen Ländern erkaufte.
- Sie erzeugen „Fluchtursachen“ und tragen dadurch zur Massenmigration bei.
- Ihre Herstellung ist oft technik- und energieintensiv; die Amortisationszeit übersteigt die Nutzungsdauer der Produkte.
- Sie unterliegen dem Rebound-Effekt: Vermeintlich „grüne“ Produkte werden

häufiger produziert / gekauft / verwendet. Dadurch verpufft ihr Vorteil. Man lässt z.B. eine Energiesparlampe länger brennen, kauft einen energiesparenden Kühlschrank, obwohl der alte nicht wesentlich mehr Energie verbraucht hat, oder ein sparsamer Euro-5-Diesel wird aufgrund zweifelhafter Messwerte verschrottet.

- Man betrachtet, vor allem beim Autoverkehr, nur die Emissionen. Der Anteil des Treibstoffs am MIPS eines Autos liegt jedoch unter 20 Prozent (unter Einbeziehung der Infrastruktur sogar unter 5 Prozent); d.h. 80 Prozent der umweltbelastenden Faktoren werden ausgeschlossen.
- E-Mobilität ist insgesamt desaströs für die Umwelt.

Grüne Umweltpolitik fokussiert sich einseitig auf den „Klimawandel“.

- Sie erklärt CO2 fälschlicherweise zur Hauptursache und zum Maßstab für Umweltzerstörung.
- Es gibt jedoch durchaus umweltschädliche Produkte, bei deren Herstellung und Nutzung kein CO2 emittiert wird.
- CO2 ist nur eine von unzähligen potenziellen Emissionen.
- „CO2-frei“ bedeutet nicht notwendig Nachhaltigkeit.
- Die Maßnahmen zur Minderung von CO2 führen oft zu einer ressourcenintensiveren Wirtschaftsweise. Die Nutzung vermeintlich klimaneutraler Agrokraftstoffe geht mit Flächenverbrauch, Rodung von Regenwald, Bodenerosion und Wasserverbrauch einher.
- Auch die Energiegewinnung aus Biomasse hat negative Auswirkungen, z. B. durch einen hohen Einsatz von Material und Wasser, die Bearbeitung der Böden, die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, den Transport, die aufwendige Verarbeitung und Lagerung sowie die Bodenerosion. Sie ist oft wesentlich ressourcenintensiver als eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion.

Fazit: Wo „grün“ draufsteht, ist nicht immer „grün“ drin!

Kritik am Artenschutz-Gesetz der Staatsregierung

„Verheerende Energiewende“ ist Hauptursache für Artenschwund

Traute Einigkeit herrschte unter den Altparteien bei der Beratung des Gesetzentwurfs zum Artenschutz am 8. Mai 2019 im Bayerischen Landtag. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nannte das Gesetzespaket ein „Modell für andere Länder“ und pries es als „Startschuss für einen neuen Gesellschafts- und Generationenvertrag“, der Naturschutz und Landwirtschaft versöhne.

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion Prof. Dr. Ingo Hahn bemängelte die empirisch unzureichende Grundlage des Gesetzentwurfs, der sich auf eine einzige dürftige Studie von Hobbyentomologen stütze. Er sei „fachlich nicht fundiert“ und klammere viele wahre Ursachen für das Artensterben aus. Insbesondere kritisierte Hahn, der als Geograph und Landschaftsökologe – im Gegensatz zu den Initiatoren des Volksbegehrens – selbst seit 25 Jahren zur Biodiversität forscht, dass die „katastrophale Energiewende“ von sämtlichen Altparteien völlig ausgeblendet werde. Dabei sei diese ein „Hauptgrund des möglichen Artenschwunds und Insektenrückgangs“. Bezeichnenderweise würden Forschungen zu den ökologischen Folgen dieses Projekts von hiesigen Regierungen nicht gefördert, aber die Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt zu Wechselwirkungen von Fluginsekten und Windparks habe einen „gravierenden Impact auf Fluginsekten, also unsere wichtigsten Blütenbestäuber“,

nachgewiesen. Windräder verursachten demnach „1200 Tonnen tote Insektenbiomasse im Jahr oder 1200 Milliarden getötete Einzeltiere“.

Prof. Hahn stellt daher fest: „Es hat in Deutschland noch nie eine verheerendere Energieform gegeben als die Windkraft mit einer unübertroffenen hohen Zahl an direkten Todesfällen im Tierreich.“

Überdies habe die Energiewende – durch die Fokussierung auf Energiepflanzen in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion – mehr als alle anderen Faktoren zur Intensivierung und Monotonisierung der Landwirtschaft geführt.

Anstatt aber die staatlich verordnete Energiewende als Hauptursache dieser ökologischen Katastrophe zu benennen, erklären die Protagonisten des Volksbegehrens laut Hahn die Landwirte zu den Sündenböcken des Artensterbens. Das geplante Gesetz nehme ihnen durch unsinnige Vorschriften die unternehmerische Freiheit, auf ihrem eigenen Grund und Boden zu tun, was sie wollen. Stattdessen sollen sie Geld fürs Nichtstun erhalten bzw. über ein Begleitgesetz mit Steuergeld ruhiggestellt werden. Besonders der planerisch – oder eigentlich planwirtschaftlich – festgelegte Anteil von 30 Prozent Biolandbau werde durch den Preisverfall für Bioprodukte dazu führen, dass Biobauern gravierende Einkommenseinbußen hinnehmen müssen.

Insgesamt sei der Gesetzentwurf amateurhaft ausgeführt und von der Regierungskoalition nur aus Angst vor den Grünen und deren medialem Einfluss ohne fachliche Prüfung übernommen worden. Und schließlich sei er auch verfassungspolitisch verfehlt: Indem die Staatsregierung den Entwurf des Volksbegehrens übernehme, bevormunde sie auch die Bürger, die eigentlich eine Volksabstimmung über das Gesetz gewünscht hätten. Damit werde ein Präzedenzfall geschaffen: In Zukunft könne jedes Volksbegehren einfach in dieser Weise unterlaufen werden. Der Respekt vor dem demokratischen Souverän sowie vor der bayerischen Verfassung gebiete es hingegen, den Bürger durch Volksabstimmungen an der Gesetzgebung teilhaben zu lassen, wie es die AfD ausdrücklich wünsche.

Die Kritik des stellvertretenden AfD-Fraktionschefs deckt sich mit den Einwänden von Vertretern der Landwirtschaft. Zu Recht beklagte Bauernpräsident Walter Heidl, dass im Gesetzentwurf der Regierung „fast ausschließlich Regelungen enthalten“ seien, „die Landwirte und Grundeigentümer belasten“.





Für ein starkes Bayern in Europa

Verstärkte Zusammenarbeit mit italienischer Lega

60 Prozent der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetze kommen als Vorlagen mittlerweile aus dem EU-Parlament. Für bayerische Landtagsabgeordnete ist es sehr wichtig, die Verflechtungen Bayerns mit der EU zu kennen. Vom 16. bis zum 17. April 2019 fand daher die erste Reise einer Delegation der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag zum EU-Parlament statt. Die beiden europapolitischen Sprecher Martin Böhm und Ulrich Singer sowie der parlamentarische Geschäftsführer Christoph Maier fuhren nach Straßburg, wo das EU-Parlament gerade an seinem zweiten Sitz tagte. Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Tobias Peterka vertrat bei dem Treffen die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Es gab unter anderem einen Termin mit dem EU-Abgeordneten und Bundessprecher der AfD, Jörg Meuthen, und den zukünftigen EU-Abgeordneten der AfD.

Markus Buchheit, der als Mitarbeiter eines Abgeordneten im EU-Parlament

tätig ist und – mit Erfolg, wie die EU-Wahl schließlich zeigte – auf Platz 7 der AfD-Liste kandidierte, betreute die bayerische Delegation. Auf dem Programm standen unter anderem eine Führung durch das Gebäude, ein Besuch im Sitzungssaal, während das Parlament tagte, ein Empfang der ENF-Fraktion sowie ein Gespräch mit Marco Campomenosi, dem Vizegeneralsekretär der ENF-Fraktion.

Böhm, Buchheit und Campomenosi kündigten eine verstärkte Zusammenarbeit an. Lega, FPÖ und AfD planten eine neue Fraktion nach der EU-Wahl am 26. Mai. Diese sollte zunächst „Europäische Allianz der Menschen und Nationen“ bzw. „European Alliance of Peoples and Nations“ (EAPN) heißen; mittlerweile wurde sie unter dem Namen „Identität und Demokratie“ gegründet.

An dieser Stelle danken wir Herrn Buchheit noch einmal herzlich für die hervorragende Betreuung während unseres Aufenthalts in Straßburg!

Im Rahmen des Besuchs im EU-Parlament stellte die bayerische Delegation die Forderung nach einem Ende der gemeinsamen Agrarpolitik der EU auf. Nur die Hälfte der deutschen Gelder, die in die EU-Subvention der Landwirtschaft fließen, kommt wieder in Deutschland an. Das ist zu wenig! Gerade die bayerischen Bauern brauchen angesichts der Artenschutz-Belastungen, die auf sie zukommen, eine stärkere Förderung. Die Mittel aus der gemeinsamen Agrarpolitik wären da genau richtig.

Die Reise war sehr lehrreich. Das erworbene Wissen wird den AfD-Landtagsabgeordneten bei ihrer Parlamentsarbeit zugutekommen. Dennoch waren alle drei sehr froh, als sie die abgeschottete EU-Welt wieder verließen und zurück nach Bayern in die Heimat kamen.

Foto: Christoph Maier MdL, Martin Böhm MdL und Ulrich Singer MdL im Europäischen Parlament in Straßburg

Der Verlauf der Haushaltsverhandlungen

Doppelhaushalt 2019/2020

Das Festsetzen des Haushalts ist auf Bundes- und Länderebene eine der wichtigsten politischen Entscheidungen, die in einem Parlament oder Landtag getroffen werden. Grob gesagt zeigt der Haushalt, welche politischen Maßnahmen wirklich umgesetzt und wie staatliche Einrichtungen, vom Gericht bis zur Hochschule, finanziert werden. Der Haushalt wird durch ein Haushaltsgesetz beschlossen, welches die Regierung eines Landes vorlegen muss. Die Staatsregierung hat dem Bayerischen Landtag erst mit einiger Verspätung – wohl der Wahl im Oktober 2018 und der darauffolgenden Regierungsbildung geschuldet – den Entwurf für diesen Haushalt vorgelegt.

Erst Ende Februar konnte die Staatsregierung ihren Haushalt präsentieren; Mitte März folgte die erste Lesung im Plenum. Noch während der ersten Lesung wurde klar, dass der vorgelegte Entwurf eklatante Schwachstellen aufwies. So wurden trotz Rekorderlösen keine Schulden getilgt und

zusätzlich sogar Rücklagen aufgelöst. Auch wurden die Ausgaben um knapp zwei Prozentpunkte erhöht – die CSU hatte durch ihre neue Koalition wohl alle Finanzpläne und festgesetzten Sparziele der Vergangenheit vergessen.

Die Kritik der Opposition – allen voran der AfD – wurde mit einiger Selbstgefälligkeit ignoriert. Der Gesetzesentwurf wurde nach der ersten Lesung in den Ausschuss für Staatshaushalt überwiesen, in welchem die AfD ihren politischen Widerstand fortsetzte. Im Ausschuss selbst wurden jeder Einzelplan, jedes Kapitel und jede Position mehrere Wochen lang behandelt.

Bei diesem Prozess stellte die AfD knapp 140 Änderungsanträge, um den Haushalt – und Bayern! – noch zu retten. Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz können dieses Gesetz modifizieren und, falls angenommen, zur Umverteilung oder Einsparung großer Summen innerhalb des Haushalts führen.

In diesen Anträgen brachte die AfD selbstverständlich ihre Themen und Schwerpunkte zur Geltung: etwa die Streichung der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung, die Förderung der Digitalisierung, des ÖPNV und des ländlichen Raums, die Ausweitung des Wohnungsbaus und eine bessere Finanzierung

von Polizei und Justiz. Gleichzeitig wurde auch die Streichung aller Gelder für Integration, Asyl und illegale Migration verlangt. Auch die Unterstützung der bayerischen Wirtschaft kam nicht zu kurz – so stellte die AfD beispielsweise Anträge zur Erhaltung von synthetischen Kraftstoffen und pochte auf Technologieoffenheit bei Antriebstechniken im Bereich Automobil. Und das zeigte Wirkung, denn kurz nach den Haushaltsberatungen wurden diese Forderungen prompt von den Regierungsfractionen übernommen! Doch während der restlichen Verhandlungen hatte die AfD einen schweren Stand: Selbst gut begründete und berechtigte Anträge der AfD wurden pauschal abgelehnt, ungeachtet des eigentlichen Inhalts. Nur die FDP enthielt sich gelegentlich, wenn die Anträge formal und inhaltlich so gut waren, dass man diese eigentlich nicht ablehnen konnte. Die Behandlung des Gesetzes im Ausschuss zog sich bis Mitte April hin.

Danach wurde das Gesetz Mitte Mai zur zweiten Lesung ins Plenum überwiesen, wo über drei Tage lang erneut jeder Einzelplan für sich behandelt wurde. In ihren Reden im Plenarsaal warfen die Abgeordneten der AfD ein Licht auf ihre gestellten Änderungsvorschläge und stellten einige davon im Plenum zur erneuten Abstimmung. Dabei behandelte die AfD sowohl Spezialthemen (z. B. die betäubungslose Ferkelkastration oder die Streichung der Förderung des Islamunterrichts) als auch die großen Themen, die Bay-



ern bewegen (die abflauende Konjunktur, die Auflösung der Rücklagen sowie eine Schuldentilgung, die weit hinter der mittelfristigen Finanzplanung zurückbleibt).

Natürlich konnten sich andere Parteien währenddessen ihre Angriffe auf die AfD nicht verkneifen. Auch wurde mit allen Tricks versucht, die Kritik am Haushaltsgesetz zu entkräften. So versuchte Ministerpräsident Söder, den Irrweg bei der Auflösung der Rücklagen zu kaschieren, indem er einen parlamentarisch generierten Wissensvorsprung öffentlich machte: Die Rücklagen werden mit € 6,5 Mrd. (zuvor geschätzt: € 5,8 bis 6 Mrd.) etwas höher ausfallen als bis vor Kurzem prognostiziert! Gleichzeitig ließ er unter den Tisch fallen, dass trotz neuester Projektion immer noch € 3,6 Mrd. aus den Rücklagen entnommen werden und diese sich damit unter das Niveau von 2018 reduzieren. Auch andere Themen – wie der mangelhafte Fortschritt bei der Digitalisierung, vom E-Government bis zum Breitbandausbau – wurden geschickt gemieden.

Gegen die Opposition und auch gegen alle wohldurchdachten Änderungsanträge der AfD beschloss die Staatsregierung schließlich ihren Haushalt.

Als Fazit bleibt nur: Die AfD hat ihre Arbeit getan, konnte aber leider ein schlechtes Gesetz nicht verhindern.

Katrin Ebner-Steiner, MdL
Ferdinand Mang, MdL

Hier rechts sehen Sie den Stapel der Haushaltspläne in 100% Originalgröße (bzw. Originalhöhe)

2019/2020 Haushaltsgesetz

2019/2020 Einzelplan 15/II

2019/2020 Einzelplan 15/I

2019/2020 Einzelplan 14

2019/2020 Einzelplan 13

2019/2020 Einzelplan 12

2019/2020 Einzelplan 10

2019/2020 Einzelplan 09

2019/2020 Einzelplan 08

2019/2020 Einzelplan 07

2019/2020 Einzelplan 06

2019/2020 Einzelplan 05

2019/2020 Einzelplan 04

2019/2020 Einzelplan 03



Ihre Dienstleister im Bayerischen Landtag

Die Mitglieder der AfD-Fraktion

Wir haben einen klaren Auftrag: Dem Land zu dienen und den Wunsch unserer Wähler nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Wir denken nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen. An die Generationen vor uns, die unser Land aufgebaut haben, und an die Generationen nach uns, für die wir es schützen und bewahren. Danke, dass wir das für Sie tun dürfen!



katrin.ebner-steiner@afd-landtag.bayern

Katrin Ebner-Steiner
Fraktionsvorsitzende
Deggendorf

Ausschuss: Staatshaushalt und Finanzfragen



christoph.maier@afd-landtag.bayern

Christoph Maier
Parl. Geschäftsführer
Unterallgäu-Memmingen

Ausschuss: Verfassung, Recht,
Parlamentsfragen und Integration



ferdinand.mang@afd-landtag.bayern

Ferdinand Mang
Stellv. Parl. Geschäftsführer
Roth

Ausschuss: Staatshaushalt und Finanzfragen



richard.graupner@afd-landtag.bayern

Richard Graupner
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Schweinfurt

Ausschuss: Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit und Sport



roland.magerl@afd-landtag.bayern

Roland Magerl
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Weiden

Ausschuss: Gesundheit und Pflege



ingo.hahn@afd-landtag.bayern

Prof. Dr. Ingo Hahn
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Fürstenfeldbruck-Ost

Ausschuss: Wissenschaft und Kunst;
Umwelt und Verbraucherschutz



markus.bayerbach@afd-landtag.bayern

Markus Bayerbach
Augsburg Stadt-Ost

Ausschuss: Bildung und Kultus;
Fragen des öffentlichen Dienstes



franz.bergmueller@afd-landtag.bayern

Franz Bergmüller
Rosenheim-West

Ausschuss: Wirtschaft, Landesent-
wicklung, Energie, Medien und
Digitalisierung



martin.boehm@afd-landtag.bayern

Martin Böhm
Coburg

Ausschuss: Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale
Beziehungen



anne.cyron@afd-landtag.bayern

Dr. Anne Cyron
Bad Tölz / GAP

Ausschuss: Bildung und Kultus



uli.henkel@afd-landtag.bayern

Uli Henkel
München Giesing

Ausschuss: Eingaben
und Beschwerden



christian.klingen@afd-landtag.bayern

Christian Klingen
Kitzingen

Ausschuss: Umwelt und
Verbraucherschutz



stefan.loew@afd-landtag.bayern

Stefan Löw
Tirschenreuth

Ausschuss: Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit und Sport



gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Gerd Mannes
Günzburg

Ausschuss: Wirtschaft, Landesent-
wicklung, Energie, Medien und
Digitalisierung



ralph.mueller@afd-landtag.bayern

Dr. Ralph Müller
Nürnberger Land

Ausschuss: Wohnen, Bau
und Verkehr



jan.schiffers@afd-landtag.bayern

Jan Schiffers
Bamberg Stadt

Ausschuss: Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie



josef.seidl@afd-landtag.bayern

Josef Seidl
Dingolfing

Ausschuss: Wohnen, Bau
und Verkehr



ulrich.singer@afd-landtag.bayern

Ulrich Singer
Donau-Ries

Ausschuss: Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie, Wissenschaft



ralf.stadler@afd-landtag.bayern

Ralf Stadler
Passau-Ost

Ausschuss: Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten



andreas.winhart@afd-landtag.bayern

Andreas Winhart
Rosenheim-Ost

Ausschuss: Gesundheit und Pflege,
Landwirtschaft



**Weitere Informationen
finden Sie auf unserer Webseite.**



Information statt Manipulation

Die AfD im Rundfunkrat

Im Interesse der Allgemeinheit soll der Rundfunkrat über die Erfüllung des Programmauftrags wachen, wozu er über umfassende Informations-, Beratungs- und Mitwirkungsrechte verfügt. Insbesondere berät er den Intendanten bei der Programmgestaltung.

Der Rundfunkrat wählt aus seiner Mitte drei ständige Ausschüsse:

- den Ausschuss für Grundsatzfragen und Medienpolitik,
- den Programmausschuss sowie den
- Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

Der Vertreter der AfD ist Mitglied im Programmausschuss (PGA). Dieser hat vor allem folgende Aufgaben:

- die Beratung über die Qualität des Programmangebots,
- die Beratung über die Struktur des Programms (z. B. Programmschemata),
- die Befassung mit Fragen der Programmverbreitung und -gestaltung,
- die Befassung mit Fragen des Jugendmedienschutzes,
- die Beratung über Programmbeschwerden sowie
- die ständige Telemedienaufsicht

Die AfD hat sich für ihre Arbeit im Rundfunkrat folgende Ziele gesetzt:

- Es muss wieder eindeutig zwischen Meinungskommentar und Berichterstattung unterschieden werden.
- Die legitime persönliche Meinungsäußerung des Journalisten darf nicht zu ständiger pauschaler Diffamierung politisch Andersdenkender führen. Es ist z. B. nicht hinnehmbar, dass die AfD immer einen manipulativen Zusatz wie „rechtspopulistisch“ erhält, während andere Parteien neutral mit ihrem Namen bezeichnet werden.
- Der Bürger muss die Möglichkeit haben, sich objektiv über Fakten informieren zu können, um sich dann ein eigenes Bild zu machen.
- In den Medien muss ein langfristiges Umdenken erfolgen: Es geht nicht nur um die AfD, sondern um die Demokratie insgesamt, denn nur in Diktaturen wird den Menschen von der Obrigkeit gesagt, was sie zu denken haben.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird von den Bürgern finanziert; also muss er deren Informationsinteressen dienen und das gesamte Meinungsspektrum abbilden.

Seit dem 1. Januar 2019 entsendet die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag mit Uli Henkel einen Vertreter in den Rundfunkrat (ARD / Bayerischer Rundfunk).

Der Rundfunkrat zählt insgesamt 50 Mitglieder, die verschiedene politische Parteien, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen, z. B. den Bauernverband, den Ausländerbeirat, den Städtetag, die IHK, die Handwerkskammer oder den BUND, fünf Jahre lang repräsentieren. Der Bayerische Landtag kann zwölf Mitglieder benennen, die Staatsregierung stellt einen Vertreter. Sechs bis sieben Mal im Jahr treten die Mitglieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, bei der auch der Intendant und die Direktoren anwesend sind.

Die Pläne von CDU/CSU und SPD

Umbrüche in der deutschen Wirtschaftspolitik

70 Jahre lang hat die soziale Marktwirtschaft ihre Funktionsfähigkeit bewiesen und den Deutschen Wohlstand beschert. Ohne das Volk an einer Diskussion über seine Zukunft zu beteiligen, wollen die Regierungsparteien ihre Wirtschaftspolitik auf eine völlig neue Grundlage stellen. So gibt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier (CDU) mit seiner „Industriestrategie 2030“ das Erfolgsrezept „soziale Marktwirtschaft“ auf. Nahezu zeitgleich werden in der SPD sozialistische Enteignungsfantasien formuliert.

Wirtschaftsminister Altmeier versucht, mit seiner „Industriestrategie 2030“ die Weichen der Wirtschaftspolitik der CDU in die Richtung von Staatskonzernen zu stellen, die vom Staat definierte Produkte herstellen sollen. Der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert wiederum will mit seinen Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik die SPD zu künftigen Enteignungen motivieren. In beiden Regierungsparteien werden also die Stimmen lauter, die dazu aufrufen, sich vom Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft zu verabschieden.

Für die AfD hingegen bleiben das Eigentum, die Eigenverantwortlichkeit, die freie Preisbildung und das Prinzip, dass die Wirtschaft in erster Linie Produkte hervorzubringen hat, welche die tatsächlichen Bedürfnisse der Familie als kleinster gesellschaftlicher Einheit befriedigen, die Leitlinien der Wirtschaftspolitik.

Gemäß einer staatsdirigistischen Industriestrategie werden mithilfe von Steuermitteln Großkonzerne geschaffen und auf den Markt gebracht, wo sie dann von selbst gewachsene Unternehmen verdrängen. Mithilfe der sozialistischen Enteignungspolitik des Herrn Kühnert sollen außerdem

Firmen vom Markt entfernt werden, die beim Staat in Ungnade gefallen sind.

Aufgabe dieser staatlich geschaffenen und auf dem Markt gehaltenen Konzerne wird es dann sein, nur solche Produkte zu produzieren, welche den Segen des Staats haben. Praktisch sieht das dann so aus, dass dem Willen des Staats gemäß z. B. Elektroautos und Batterien produziert werden müssen, statt Verbrennungsautos, die etwa mit synthetischen Kraftstoffen betrieben werden könnten als Elektroautos. Dem Verbraucher wird die Möglichkeit genommen, durch seine Kaufentscheidung das schlechtere Produkt zu schwächen.

Vergleichbares gilt für das Enteignungsmodell, das die SPD diskutiert. Auch die SPD will in die Märkte eingreifen. Auch sie möchte bestimmen, welche Firmen auf den Märkten auftreten oder auch nicht. Hierzu wählt sie die Methode der Enteignung, beispielsweise am Wohnungsmarkt. Wenn die Regierung unter Beteiligung der SPD zwei Millionen neue Einwohner ins Land holt, ist das natürlich gleichbedeutend mit einem zusätzlichen Bedarf an mindestens 30 Millionen Quadratmetern Wohnfläche, wenn man die im Sozialgesetz definierte Mindestwohnfläche von 15 Quadratmetern pro Erwachsenen zugrunde legt. Mithilfe von Enteignungen glaubt die SPD also die Märkte wieder ins Gleichgewicht bringen zu können, die nicht zuletzt durch ihre politischen Entscheidungen ins Ungleichgewicht geraten sind.

Die AfD lehnt derartige Eingriffe strikt ab. Das wirtschaftspolitische Konzept der AfD sieht nicht vor, dass der Staat die Marktteilnehmer definiert. Anknüpfend an unsere Vorstellungen

von der Rolle des Staats plädiert die AfD für eine Ordnungsethik auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Erhard umgesetzt wurde. Ihre zentralen Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist ebenso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik sowie Monopolkontrolle. Jede Form von staatlicher Planwirtschaft führt früher oder später zu Fehlallokationen und Korruption. Dabei gilt für uns wie für die Väter der sozialen Marktwirtschaft: Wirtschaft ist immer nur Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck.

Eine gesunde Wettbewerbsfähigkeit wird durch die Qualität und Originalität von Produkten, durch erstklassige Produktivität und Kosteneffizienz sowie durch Nachhaltigkeit im wissenschaftlichen Vorlauf sichergestellt.

Das Ziel der Wirtschaftspolitik der AfD ist daher, mithilfe der sozialen Marktwirtschaft den Rahmen für eine „Ermöglichungsstrategie“ beizubehalten. Hierzu muss die Politik die Innovation und Wertschöpfung erleichtern und Nachteile gegenüber anderen Weltregionen ausgleichen. Originalität und Kreativität können nur von den Marktteilnehmern selbst ausgehen – nicht vom Staat.

Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft werden nach den jüngsten Neuausrichtungen in der Wirtschaftspolitik von SPD und CDU nur noch von der AfD konsequent vertreten.

Franz Bergmüller, MdL

Qualifikation in der Pflege

Akademisierung von Pflegern und Hebammen verhindern

Jeder hofft, wenn er pflegebedürftig ist, bestmögliche Pflegekräfte zu bekommen. In Deutschland ist die Qualifikation der Pflegenden dank der dualen Ausbildung noch auf sehr hohem Niveau. Dies sollten wir niemals aufs Spiel setzen. Nun wird von Seiten der Europäischen Union – und ganz besonders der linken Parteien im Landtag – versucht, die bewährte duale Ausbildung bei Pflegerinnen und Pflegern, aber auch bei den Hebammen, zugunsten einer sogenannten Akademisierung von Pflege und Hebammentätigkeit aufzugeben.

Warum sind diese Bestrebungen abzulehnen?

Erstens: Sie demotivieren die Pflegekräfte und Hebammen, welche kein Studium absolviert haben. Sie degradieren diese gut ausgebildeten Fachkräfte zu Hilfsarbeitern ihrer zukünftigen akademisierten Kolleginnen und Kollegen. Welche Karrierechancen haben die nach bisherigen Standards Ausgebildeten dann noch?

Zweitens: Woher soll man denn die Kandidatinnen und Kandidaten nehmen, wenn schon jetzt kaum Abiturienten für einen Beruf in der Pflege oder als Hebamme zu begeistern sind? Akuter Personalmangel bedrängt die bayerischen Krankenhäuser bereits jetzt. Warum soll man dann nur Abiturientinnen und Abiturienten über den Umweg der Hochschule nehmen?

Drittens: Dass die Hochschulen ein entsprechendes Studium anbieten und dass in diesem Bereich geforscht wird, entspricht der akademischen Freiheit und ist gut so. Aber diese Tätigkeit kann und darf kein Ersatz für die bewährte Ausbildung für die Arbeit am Patienten sein. Eine Teilakademisierung, d. h. ein Nebeneinander von akademisierten und nicht-akademisierten Pflegekräften und Hebammen, schafft unnötige Konkurrenzsituationen und führt zu keiner Lösung.

Pflegeforschung ja, da diese noch in den Kinderschuhen steckt, aber keine Theoretiker für die praktische Arbeit am Patienten!

Die Akademisierung der Hebammen ist genauso ein Irrweg wie die Akademisierung der Pflege im Allgemeinen. Was für Pfleger gilt, gilt auch für Hebammen. Unsere Hebammen haben einen hohen Ausbildungsstandard. In vielen anderen Ländern gibt es bei den Pflegern wie den Hebammen wenige gut ausgebildete Kräfte mit akademischem Abschluss und viele schlecht ausgebildete Helfer. Bei uns ist es umgekehrt: Hier ist jede Pflegekraft, jede Hebamme umfassend qualifiziert und es gibt nur wenige Helfertätigkeiten. In deutschen Krankenhäusern und Hebammenpraxen herrscht ein viel höheres Niveau der Versorgung.

Wir dürfen darauf stolz sein und gerne auf unsere Vorbildfunktion verweisen!

Andreas Winhart, MdL

Richard Graupner vor Ort in Asylbewerber-Gemeinschaftsunterkunft „Konkrete Lösungsmöglichkeiten“: AfD nimmt Sorgen der Bürger ernst



Immer wieder kam es in Burgwallbach (Unterfranken) zu Beschwerden über Lärmbelästigungen in der Nähe der Asylbewerber-Gemeinschaftsunterkunft. Um sich ein Bild von der Situation zu machen, besuchte der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Richard Graupner, die Einrich-

tung. Dabei wurde er von der Vertreterin der Regierung Unterfranken, Frau Graber, sowie von Herrn Akim von der Hausverwaltung begleitet. Graupner, der auch Mitglied des Innenausschusses ist, dankte beiden und sagte, dass er die hier gewonnenen Erkenntnisse in seine parlamentarische Arbeit einfließen lassen werde. Der Schutz der Anwohner vor vermeidbaren Störungen sei ihm ein besonderes Anliegen.

Bereits wenig später stellte Graupner dies unter Beweis, als er die Burgwallbacher zu einem Bürgerdialog am 12. Juli einlud. Der Abgeordnete war von der

Resonanz überrascht: „Wir mussten spontan in eine größere Räumlichkeit wechseln, um alle Besucher unterzubringen.“

Graupner betonte, dass es ihm wichtig war, nicht als Parteipolitiker, sondern als gewählter Volksvertreter wahrgenommen zu werden. Dementsprechend sei es ihm darum gegangen, „die Veranstaltung im Sinne einer Gesprächsplattform moderierend zu begleiten“. Als Ergebnis benannte er das Angebot des lokalen Asylhelferkreises, bei einer weiteren Zusammenkunft konkrete Schritte gegen die Lärmbelästigung zu erarbeiten.

Graupner versicherte den Teilnehmern, dass er das Geschehen rund um die Gemeinschaftsunterkunft weiter aufmerksam im Auge behalten werde.

Kulturhauptstadt Europas 2019

Informationsreise nach Plowdiw

Bis etwa 4000 v. Chr. lässt sich die Geschichte der ältesten europäischen Stadt zurückverfolgen. Kulturstätten, moderne Industrieansiedlungen und die mit über 70.000 Bewohnern größte Roma-Siedlung bildeten den oft surrealen Rahmen der Informationsreise des Europaausschusses des Landtags.

Besonders die erwähnte Siedlung und deren Bewohner, von denen sich täglich mehr auf den Weg Richtung Deutschland machen, standen im Mittelpunkt der Fragen der grünen Abgeordneten bei den politischen Terminen der Reise. Die durchweg und parteiübergreifend abweisenden Reaktionen der bulgarischen Vertreter und deren spezielle Kommentare gaben eindrücklich Zeugnis von den massiven Problemen, die das Land mit dieser Bevölkerungsgruppe verbindet.

Überaus spannend hingegen die Schilderungen der Rektorin der Fakultät für Germanistik und Romanistik der Universität Plowdiw. Einblick in die Struktur der bulgarischen Wirtschaft gaben der Besuch eines Liebherr-Werks sowie zwei ausführliche Gespräche mit Dr. Vassilev, dem Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Bulgarischen IHK. Dieser begleitete die Delegation auch ins bulgarische Parlament. Drei Ausschussvorsitzende des dortigen hohen Hauses ließen keine Frage unbeantwortet. Besonders beeindruckend waren die Ausführungen des Vorsitzenden des Sozialausschusses, Herrn Ademov, der, nach einem Co-Referat unserer Fraktion zum Zustand des deutschen Sozialversicherungssystems, ausführlich das bulgarische System schilderte. Dieses ist dem Drei-Säulen-Modell der Schweiz nachgebildet und sehr zukunftsfähig gestaltet, insbesonde-



re auch unter Berücksichtigung des sich auch in Bulgarien abzeichnenden demografischen Wandels. Der Steuersatz für die Einkommens- und Körperschaftsteuer liegt in Bulgarien übrigens seit mittlerweile elf Jahren bei stabilen 10 %, allerdings ohne dass es dort Grundfreibeträge gäbe.

Den Abschluss der Informationsreise bildete eine Stadtführung durch das historische Sofia – trotz oder gerade wegen 38° Celsius ein brennender Eindruck! **Martin Böhm, MdL**

Vor Ort bei der Bürgerversammlung in Schwaben

„Nein“ zum Ankerzentrum in Mering

Ankerzentrum – das steht für Ank(unft), E(ntscheidung), R(ückführung). Die Aufnahmeeinrichtungen sollten vor allem der schnellen Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern dienen. Doch lediglich 38 Illegale der 1.517 Asylbewerber, die seit August letzten Jahres im Ankerzentrum Donauwörth registriert worden sind, wurden tatsächlich abgeschoben. Die Rückführungsquote müsste eigentlich viel höher sein. Oftmals scheitert eine Rückführung quasi in letzter Minute, so die Regierung von Schwaben gegenüber der Augsburger Allgemeinen. „Dass im Falle einer Abschiebung die Person nicht angetroffen wurde oder untergetaucht ist, sind dabei nur zwei der möglichen Gründe.“ Immer wieder kommt es außerdem zu Angriffen

auf die Polizei und zu Belästigungen der Anwohner. Das ist die Quittung für Merkels Grenzöffnung!

Gegen die Errichtung einer Dependence des Ankerzentrums Donauwörth im kleinen schwäbischen Mering wandte sich die AfD-Fraktion mit einem Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag am 12. März 2019, der von den Altparteien unisono abgelehnt wurde. Beachtung in der Presse fand die Initiative keine – nicht einmal in der Meringer Lokalpresse. So entschlossen sich die AfD-Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner, der Stimmkreisbetreuer Ulrich Singer sowie die beiden schwäbischen Abgeordneten Christoph Maier und Gerd Mannes, persönlich nach Me-

ring zu fahren, um auf einer städtisch organisierten Bürgerversammlung mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. In der voll besetzten Turnhalle informierten die AfD-Parlamentarier interessierte Bürger über die Initiative im Landtag. Der örtliche AfD-Kreisverband verteilte unter den Versammelten Flyer, die den Dringlichkeitsantrag zum Gegenstand hatten. Die Parlamentarier bekamen für ihr Engagement kaum Kritik zu hören, dafür aber viel Zuspruch!

Die Durchsetzung des Rechtsstaats und sichere Grenzen behalten auch weiterhin höchste Priorität für die Arbeit der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Nach mehreren Polizeieinsätzen

Besuch des Ankerzentrums Stephansposching



Am 7. Juni 2019 haben die AfD-Landtagsabgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Josef Seidl und Ralf Stadler das Ankerzentrum in Stephansposching im Landkreis Deggendorf besucht, da bei einem Polizeieinsatz am 31. Mai fünf Polizisten verletzt wurden. Die Beamten mussten ausrücken, weil einige Bewohner des Flüchtlingsheims randalierten. 30 aufgebrachte Asylbewerber beleidigten und bedrängten die Beamten. Als diese den mutmaßli-

chen Rädelführer aus der Menge zogen, eskalierte die Situation. Mehrere Asylbewerber schlugen auf die Beamten ein und warfen Fahrräder auf sie.

Die Führung durch die Einrichtung mit 102 Bewohnern erfolgte durch den zuständigen Sachgebietsleiter der niederbayerischen Regierung, den Vizepolizeipräsidenten von Niederbayern sowie den Dienststellenleiter der Polizeiinspektion von Plattling.

Katrin Ebner-Steiner, die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, hob im Anschluss an ihren Besuch hervor, dass sie besonders die Situation der zwölf Frauen irritiert habe: Diese lebten unter den 90 Männern in Kabinen, die nur mit einem Vorhang verhüllt sind.

Schon im Oktober 2018 war es in dem Asylzentrum zu Gewalttaten gekommen, vor denen die AfD immer gewarnt hat. Wenn man Wirtschaftsflüchtlinge oft unbekannter Herkunft und mit unbekanntem Identitäten unkontrolliert ins Land lässt, führt das leicht zu Konflikten. Es war daher notwendig, dass die Polizei – in einer Nacht sogar mit über 150 Mann – für Ordnung gesorgt hat. „Wer unsere Beamten angreift oder bedroht, hat unser Recht auf Gastfreundschaft verwirkt und gehört unverzüglich abgeschoben“, sagte die Fraktionsvorsitzende. „In der AfD stehen wir voll und ganz hinter unserer Polizei. Bayern – aber sicher!“

Eine wichtige Institution in Niederbayern

Besuch des Bundeswehrstandorts Freyung



Alte Erinnerungen wurden bei Ralf Stadler wach, als er den Bundeswehrstandort in Freyung besuchte. Der AfD-Abgeordnete war dort selbst von 1984 bis 1987 als Zeitsoldat stationiert. Er verbindet dies heute noch mit vielen positiven Erinnerungen. „So eine Kameradschaft und einen Zusammenhalt sucht man heute oft vergebens“, betont der Politiker.

Er zeigte sich erstaunt über die enorme technische Entwicklung der Aufklärung, welche die Hauptaufgabe des Aufklärungsbataillons 8 in Freyung darstellt. Den Soldaten stehen mit Drohnen und Panzerspähwagen modernste Systeme für den Einsatz in aller Welt zur Verfügung.

Für äußerst wichtig hält der Abgeordnete, dass der Standort Freyung aufrechterhalten werden konnte. „Dies hat natürlich ökonomische Vorteile für die Region, vor allem aber wird hier auch eine über Jahrzehnte etablierte Institution zum Wohle unserer Bevölkerung bewahrt.“

Als ein sehr positives Zeichen bewertete der Kommandeur, Oberstleutnant Matthias Blaesing, den Ruf, den die Truppe in der Bevölkerung der Region genießt. Dieser Rückhalt mache die Arbeit hier noch einfacher.

Im Gespräch mit dem Kommandeur wurden die vielfältigen und wichtigen Aufgaben der Bundeswehr diskutiert. Aber auch kritische Themen, wie die Rekrutierung von geeignetem Nachwuchs und die Belastung durch häufige Auslandseinsätze, wurden angesprochen.

Stadler bedauert die gegenwärtige Aussetzung der Wehrpflicht: „Dabei geht es nicht nur darum, dass man Soldat auf Zeit ist. Vielen Soldaten stehen hier gute und sehr fundierte Ausbildungsmöglichkeiten offen, die ihnen im späteren zivilen Leben, bzw. den Unternehmen der Region, dann zugutekommen“, so die eindeutige Aussage des Politikers.

Bayerische Grenzpolizei Auf große CSU-Worte folgen kleine Taten!

Vor einem Jahr wurde die bayerische Grenzpolizei gegründet. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Richard Graupner, hält sie für ein populistisches Projekt der Staatsregierung, um die Bevölkerung zu beruhigen. „Wie so oft bei der CSU folgten auf große Worte aber nur kleine Taten“, sagte der Abgeordnete, der auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist. „Nach wie vor passieren täglich Asylbewerber die bayerischen Außengrenzen, obwohl sie durch sichere Drittstaaten gereist sind. Die illegale Grenzöffnung von Bundeskanzlerin Merkel wurde von der CSU bis heute nicht unterbunden. Die bayerische Grenzpolizei hat laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts keinerlei grenzpolizeiliche Befugnisse, da dies Bundesangelegenheit ist.“ Daher seien ihre Erfolge gerade nicht der Funktion als „Grenzpolizei“ zuzurechnen, sondern – wie auch früher schon – der Schleierfahndung. Vor diesem Hintergrund könne die Bilanz der Grenzpolizei nur bescheiden ausfallen. Trotzdem dankte Graupner den Beamten, die ihr Bestes tun, um Bayern ein Stück weit sicherer zu machen. Von der CSU lasse sich das nicht behaupten, so Graupner.

Tierschutz

Keine Ausfuhr von Rindern in Länder, in denen geschächtet wird!

Das Umweltministerium hat für den Export von Schlachttieren aus Bayern keine Kriterien bezüglich der Schlachtmethode festgelegt. Das ergab eine „Anfrage zum Plenum“ des AfD-Landtagsabgeordneten Ralf Stadler. In einem Antrag forderte die AfD-Fraktion daher, Transporte von Schlachttieren in Länder, in denen sie möglicherweise nicht tierschutzgerecht geschächtet werden, zu verbieten.

Ralf Stadler, der Sprecher für Landwirtschaft der AfD-Fraktion, teilte dazu mit: „Aus reiner Profitgier können weiterhin Rinder zum Schächten ins Ausland exportiert werden. Religiös motivierte und nicht tierschutzgerechte Schlachtmethode sind kein Kriterium für ein Exportverbot aus Bayern. Um diese Praxis zu beenden, hat die AfD-Fraktion einen Antrag eingereicht.“

Wir fordern zudem eine lückenlose Dokumentation vom Hof bis zum Schlachthof. In vielen Ländern, in welche die Tiere lebend geliefert werden, werden diese aus religiösen Gründen ohne Betäubung geschächtet. Als Zielländer, auf die sich dieser Antrag bezieht, sind beispielsweise die Türkei, Tunesien, Marokko und Ägypten zu nennen.“



Der Deal sieht vor, dass jährlich 100.000 Tonnen Rindfleisch in die EU gelangen. Das sind 600.000 Tiere!

Mercosur-Abkommen zwischen EU und Südamerika

Das ist ruinös für die Landwirte

Die Europäische Union will mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten die größte Freihandelszone der Welt bilden.

Der landwirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Ralf Stadler, sieht darin eine Bedrohung der heimischen Landwirtschaft: „Für unsere Landwirte ist das eine ruinöse Vereinbarung. Über das Abkommen sollen Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut werden, um den Warenaustausch zu stärken und Großkonzernen Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe zu bringen. Damit würden vor allem kleinere bäuerliche Betriebe insbesondere durch Einfuhr von Rindfleisch aus Argentinien gefährdet. Der Deal sieht vor, dass jährlich 100.000 Tonnen Rindfleisch in die EU gelangen. Das sind 600.000 Tiere – und die kommen

noch zusätzlich zu den 50.000 Tonnen, die im Zuge des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der EU auf den europäischen Märkten landen. Die Rinderhalter in Europa haben dann nicht mehr die geringste Chance gegen die südamerikanischen Großfarmer.“

Der Abgeordnete hält es für inakzeptabel, dass die Europäische Union diese Vereinbarung unterzeichnet: „Ständig werden landwirtschaftliche und ökologische Standards verschärft, und mit diesem Freihandelsabkommen holen wir uns die Konkurrenz mit erheblichen Kostenvorteilen aufgrund der niedrigeren Standards für Umweltschutz und Tierwohl ins Land“, sagte Stadler. „Diese Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil unserer Landwirte werden wir nicht hinnehmen.“



Jan Schiffers über die soziale Situation in Bayern

Hohe Abgabenlast und schlechte Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt

Löwenherz sprach mit dem Vertreter der AfD im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jan Schiffers, MdL, über die Situation von Erwerbstätigen in Bayern.

LÖWENHERZ: Herr Schiffers, immer mehr bayerische Erwerbstätige sind von Armut bedroht. Wie kann das sein?

JAN SCHIFFERS: Das beruht auf einer Vielzahl von Gründen. Es beginnt damit, dass die Arbeitslöhne in den vergangenen Jahren nicht so gestiegen sind, wie es eigentlich der Leistung der Arbeitnehmer entsprochen hätte. Hinzu kommt, dass die Inflation viel von diesen zu geringen Lohnsteigerungen aufgefressen hat. Außerdem haben wir in Deutschland viel zu hohe Abgaben, genauer gesagt, die zweithöchste Abgabenlast der Welt. Davon sind insbesondere auch die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen betroffen.

LÖWENHERZ: Wie stehen Sie zur Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und eines europäischen Mindestlohns?

JAN SCHIFFERS: Das sehe ich im Einklang mit unserem EU-Wahlkampfprogramm äußerst kritisch. Wir haben innerhalb der EU verschiedene Traditionen, was die Ausgestaltung der Sozialversicherung angeht, und meiner Überzeugung nach brauchen wir diesen Wettbewerb. Das gilt auch für den Mindestlohn. Hinzu kommt, dass im Fall einer Vereinheitlichung die finanzstärkeren Nordländer benachteiligt würden und die schwächeren Länder alimentieren müssten. Das lehnen wir ab, weil wir für Eigenverantwortung und Souveränität stehen.

LÖWENHERZ: Wie beurteilen Sie die Integration von anerkannten Asylbewerbern in den bayerischen Arbeitsmarkt?

JAN SCHIFFERS: Leider verläuft diese sehr unbefriedigend. Es gibt zwar unter den Asylbewerbern auch Menschen, die bemüht sind, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen – ich kenne solche positiven Beispiele aus meinem Stimmkreis, insbesondere in der Gastronomie; insgesamt ist die Quote allerdings nicht gut. So hat

der Geschäftsführer des Jobcenters Bamberg mitgeteilt, dass in Bamberg 38,8 Prozent der Asylbewerber in Lohn und Brot sind, und hervorgehoben, dass diese Zahl zu den besten in Bayern gehört, aber das heißt natürlich auch, dass 61,2 Prozent der Asylbewerber arbeitslos sind. Aus meiner Sicht ist das kein Grund zur Freude – ganz im Gegenteil: Das ist eine verheerende Zahl.

LÖWENHERZ: Herr Schiffers, vielen Dank für das Gespräch!

Stefan Löw über die bayerische Kriminalstatistik

Hohe Zunahme von Gewaltdelikten

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann hat im März die polizeiliche Kriminalstatistik 2018 vorgestellt und die angeblich niedrige Kriminalitätsbelastung sowie die hervorragende Aufklärungsquote hervorgehoben. Löwenherz sprach darüber mit dem migrationspolitischen Sprecher der AfD im Bayerischen Landtag, Stefan Löw.

LÖWENHERZ: Herr Löw, was ist Ihre Meinung zur aktuellen bayerischen Kriminalstatistik?

STEFAN LÖW: Herr Herrmann hat Bayern als sicherstes Bundesland in Deutschland bezeichnet, aber das liegt nicht daran, dass Bayern so sicher ist, sondern daran, dass die anderen noch unsicherer sind. Zwar ist die Zahl der Eigentumsdelikte in der Tat gesunken, aber dafür haben Gewaltdelikte wie gefährliche Körperverletzung und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stark zugenommen.

LÖWENHERZ: Zu den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sagte der Innenminister allerdings, dass ein Vergleich mit früheren Jahren wegen der Gesetzesverschärfung 2016 nicht möglich sei.

STEFAN LÖW: Das stimmt so nicht, denn das Jahr 2018 lässt sich durchaus mit 2017 vergleichen, und da hat es einen starken Anstieg dieser Straftaten um 12,5 Prozent gegeben.

LÖWENHERZ: Die Eigentumsdelikte gingen allerdings zurück. Wie erklären Sie sich das?

STEFAN LÖW: Der Innenminister begründete dies mit der hohen Aufklärungsquote und der Erhöhung der Haftstrafen. Der Verweis auf letztere ist sicherlich falsch, denn welcher Einbrecher wird in Deutschland schon zu einer hohen Haftstrafe verurteilt? Bei der Aufklärungsquote muss man bedenken, dass die Bürger viel wachsamer geworden sind und ihre Häuser mit einbruchsicheren Fenstern und Alarmanlagen ausgestattet haben. Dementsprechend ist die Zahl der versuchten Einbrüche gestiegen – die Täter kamen seltener in das Haus hinein, aber sie weichen dann eben in Gegenden aus, wo die Bürger noch nicht so gut ausgerüstet sind.

Auch beim Diebstahl gibt es sinkende Zahlen, aber das liegt daran, dass die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft gestiegen ist. Ein Ladenbesitzer wird einen Dieb daher nicht mehr einfach so festhalten, bis die Polizei kommt, weil er die körperliche Auseinandersetzung fürchtet. Womöglich muss er dem Dieb dann auch noch Schmerzensgeld zahlen. Und welche Strafe droht dem Dieb schon? Da verzichten viele Ladenbesitzer auf eine Anzeige, weil sich der Aufwand nicht lohnt.

Für Sie vor Ort

Die regionalen Stimmkreisbüros

Die meisten unserer Landtagsabgeordneten haben regionale Stimmkreisbüros, in denen sie Ihnen gerne für Fragen und Informationen zur Verfügung stehen. Die Adressen und Kontaktmöglichkeiten der Bürgerbüros finden Sie auf unserer Fraktionswebseite:

www.afd-landtag.bayern



Für Sie vor Ort

Unser mobiles Bürgerbüro

„Ganz nah am Bürger sein“ – das ganze Jahr über. Das ist unser Anspruch! So verfügt die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag seit kurzem auch über ein „mobiles Bürgerbüro“!

Das Fraktions-Mobil ist Ihr „direkter Draht“ zu uns bei allen Fragen, Anregungen und Anliegen zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Die Termine, wann das „mobile Bürgerbüro“ in Ihre Stadt kommt, finden Sie auf unserer Homepage sowie auf unserer Facebook-Seite.

Wir freuen uns auf Sie!



Impressum

Löwenherz®
Ausgabe Nr. 2
Juli 2019

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Maximilianeum
81627 München

Telefon: 089 – 4126 2960

presse@afd-landtag.bayern
info@afd-landtag.bayern

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Fraktionsvorsitzende: Katrin Ebner-Steiner

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.



LANDTAG
BAYERN  **AfD**

www.afd-landtag.bayern

Folgen Sie uns auch bei:

